

**VERHANDLUNGSSCHRIFT
über die
ORDENTLICHE SITZUNG des GEMEINDERATES**

am **Donnerstag, dem 28. April 2011** in Persenbeug

Beginn: 19.00 Uhr

Die Einladung erfolgte am 21.04.2011

Ende: 20.05 Uhr

durch Email und FAX.

ANWESEND WAREN:

Bürgermeister: Manfred Mitmasser

Vizebürgermeister: Gerhard Leeb

die Mitglieder des Gemeinderates:

- | | |
|-----------------------------|-----------------------------|
| 1. GeschfGR Heinrich Wagner | 2. GeschfGR Christa Kranzl |
| 3. GeschfGR Andreas Umgeher | 4. GeschfGR Elisabeth Hölzl |
| 5. GR -x- | 6. GR Erich Hofer |
| 7. GR Josef Widder | 8. GR -x- |
| 9. GR Hermann Pichler | 10. GR Jürgen Riegler |
| 11. GR Karl Hochberger | 12. GR Franz Elser |
| 13. GR -x- | 14. GR Andreas Madler |
| 15. GR Gerhard Hofstätter | 16. GR Walter Schrotshammer |
| 17. GR -x- | 18. GR -x- |
| 19. GR Gabriele Brunner | |

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

Gottfried Karpf

ENTSCHULDIGT ABWESEND WAREN:

- | | |
|----------------------------|--------------------------|
| 1. GeschfGR Hubert Kritsch | 2. GR Rupert Frank |
| 3. GR Monika Hebenstreit | 4. GR Karl Schachenhofer |
| 5. GR Walter Huber | |

NICHT ENTSCULDIGT ABWESEND WAREN:

-x-

VORSITZENDER: Bürgermeister Manfred Mitmasser

Die Sitzung war öffentlich.

Die Sitzung war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG:

1. Genehmigung des letzten Protokolls
2. Vertrag Erhaltung Rottenhofbach
3. Ankauf EDV-Anlage
4. Resolution Krankenhaus Melk
5. Resolution Via Donau
6. Resolution Atommüll – Endlager
7. Bericht Kinderhaus
8. Hauptschule Persenbeug – Gründung einer Kommanditgesellschaft
9. Vermietung Objekt Donaustraße 27

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

10. Personalangelegenheiten

Allfälliges

VERLAUF DER SITZUNG:

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates und eröffnet nach Feststellung der Beschlussfähigkeit die ordentliche Gemeinderatssitzung.

1. Genehmigung des letzten Protokolls:

GeschfGR Kranzl verweist darauf, dass im letzten Sitzungsprotokoll „vertraulich“, irrtümlich die teilnehmenden Gäste Sandra Weiterer und Günter Rosenegger, welche nur im öffentlichen Teil der Sitzung anwesend waren, als anwesend angeführt sind. Sie ersucht um Berichtigung des Protokolls im „vertraulichen“ Teil.

Daraufhin stellt der Bürgermeister den Antrag auf Berichtigung des Protokolls.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Das Sitzungsprotokoll gilt nach der o.a. Berichtigung, daher als genehmigt.

2. Vertrag Erhaltung Rottenhofbach:

Der Bürgermeister bringt den vorliegenden Grundbenützungsvertrag (Beilage) zwischen den Gemeinden Persenbeug-Gottsdorf und Hofamt Priel einerseits und der Verwaltung des öffentlichen Wassergutes andererseits zur Kenntnis. Dieser betrifft die weitere Erhaltung der Regulierungsstrecke „Rottenhofbach“ (schutzwasserbauliche Maßnahmen) auf den Grundstücken Nr. 538/3 und 539/3 KG Gottsdorf, sowie dem Grundstück Nr. 2201/3 KG Hofamt Priel.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge den vorliegenden Vertrag für die Erhaltung von schutzwasserbaulichen Anlagen und Maßnahmen am „Rottenhofbach“ beschließen.

Beschluss: Der Antrag des Bürgermeisters wird mit der Stimmenthaltung der Liste Christa Kranzl und Unabhängige beschlossen. Mit der Begründung: aufgrund der nicht vorher sehbaren Schäden und Kosten für die Gemeinde.

Abstimmung: 13 Stimmen dafür (SPÖ und ÖVP)

3 Stimmenthaltungen (Liste Christa Kranzl und Unabhängige)

3. Ankauf EDV-Anlage:

Für den Ankauf einer neuen EDV-Anlage für das Gemeindeamt (fehlende Speicherkapazität und nicht mehr standardmäßige Ausstattung), wurden von der Firma Reikerstorfer aus Ybbs an der Donau und Gemdat NÖ, Korneuburg entsprechende Angebote eingeholt. Nach erfolgter Gegenüberstellung der vorliegenden Angebote ist die Firma Reikerstorfer Billigstbieter. Der Bürgermeister verweist auch auf die bisher zufrieden stellende Geschäftsverbindung mit der Firma Reikerstorfer und schlägt vor, die notwendigen Anschaffungen bei der Firma Reikerstorfer vorzunehmen. Seitens der Firma Gemdat NÖ (bisheriger Softwareanbieter) sind noch ca. 20 Arbeitsstunden für das Aufsetzen der Programme notwendig. Die Bedeckung soll aus dem Soll-Überschuss des Vorjahres erfolgen.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge den Ankauf bei der Firma Reikerstorfer zum Preis von brutto € 21.673,34 lt. vorliegendem Kostenvoranschlag vom 14. April 2011 beschließen.

Beschluss: Dem Antrag des Bürgermeisters wird zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig

4. Resolution Krankenhaus Melk:

Der Bürgermeister verliest den vorliegenden Resolutionsentwurf betreffend der geplanten Schließung der Isotopenstation im Krankenhaus Melk. Dieser lautet wie folgt:

Wir fordern die verantwortlichen und zuständigen Stellen des Landes Niederösterreich auf, die geplante Schließung der Isotopenstation im Krankenhaus Melk mit sofortiger Wirkung zu stoppen.

Vielmehr ist es aufgrund der ständig steigenden Patientenzahl notwendig, diese für die Patientinnen und Patienten unserer Region so wichtige Einrichtung dementsprechend auszubauen und entsprechend personell auszustatten.

Eine Schließung dieser Station und eine eventuelle Verlagerung in ein anderes Schwerpunktkrankenhaus lässt befürchten, dass es dadurch für unsere Bürgerinnen und Bürger zu einer wesentlichen Verlängerung der Anfahrtszeiten, eine Verlängerung der Wartezeiten auf einen Behandlungstermin und aufgrund der massiven Erhöhung der Patientenzahl auch zu einem Qualitätsverlust in der Behandlung kommen könnte.

Im Hinblick auf die von führenden LandespolitikerInnen so oft genannte Stärkung unserer Region würde dieser Schritt genau das Gegenteil, nämlich eine Schwächung des ländlichen Raumes bewirken.

Die Mitglieder des Gemeinderates beraten über den vorliegenden Entwurf.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge beiliegende Resolution lt. o.a. Entwurf beschließen.

Beschluss: Dem Antrag des Bürgermeisters wird zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig

5. Resolution Via Donau:

Dem Gemeinderat wird vom Bürgermeister nachstehender Resolutionsentwurf zur Kenntnis gebracht:

Durch die Wasserstraßengesetznovelle 2010, die im Budgetbegleitgesetz 2011 durch den Nationalrat kurz vor Weihnachten beschlossen wurde, wird der Verkehrsministerin die gesetzliche Ermächtigung eingeräumt, der via donau – österreichische Wasserstraßengesellschaft GmbH – an Bundesliegenschaften im Ausmaß von über 12.500 Hektar Fruchtgenussrechte einzuräumen. Nur mit Zustimmung der Finanzministerin darf die Verkehrsministerin diesen privaten Vertrag mit der via donau Wasserstraßen-GmbH unterschreiben. Mit diesem Fruchtgenussvertrag würde die via donau Wasserstraßen-GmbH auch ermächtigt, an den 12.500 Hektar großen Flächen der Donau und den angrenzenden Grundstücken darüber hinaus umfangreiche Bau- und Pfandrechte zu begründen und die Liegenschaften im Namen und auf Rechnung des Bundes zu verwerten. Aus der via donau Wasserstraßen-GmbH würde somit eine Art „Mini-ASFINAG“. Eine Verpfändung der 12.500 Hektar Donaupläche hätte z.B. nur den Sinn, dass die via donau Wasserstraßen-GmbH Kredite – zum Beispiel – für das genannte Flussbauliche Gesamtprojekt Donau östlich von Wien oder für andere nationale und internationale Regulierungsprojekte an der Donau im Rahmen der Donaunraumstrategie zur Kreditbesicherung aufnehmen kann.

Bei den betroffenen Liegenschaften handelt es sich um die Flächen des Donaustroms in Österreich von Passau bis Bratislava, weiters um angrenzende Uferflächen, Länden, Dämme, Treppelwege, sowie Liegenschaften im Hinterland. Es ist zu erwarten, dass durch die vertragliche Einräumung des Fruchtgenussrechtes – bei jederzeitigem Widerruf – an diesen Flächen massive Verteuerungen zu Lasten der betroffenen Nutzer sowie der Erholung suchenden Bevölkerung kommen wird.

Betroffen durch die Fruchtgenuss-Privatisierung sind:

- die Grundstücke der Donau selbst,
- Bootsanlegestellen,
- ihre Ufer,
- Stege,
- Treppelwege,
- Steinbrüche,
- Grundstücke im Hinterland,
- Häfenbenutzungen,
- Fischereirechte und Fischereilizenzen,
- Ruder- und sonstige Sportvereine,
- Superädifikate,
- Yachthäfen,
- Freizeit- und Erholungsparks und weitere donanahe Infrastrukturen.

Die Kostenlawine, die durch die Fruchtgenuss-Privatisierung unserer Donau auf unsere BürgerInnen zukommen wird, ist offensichtlich. Wir sind sehr besorgt über diese Gesetzesänderungen und appellieren an Sie, der via donau Wasserstraßen-

GmbH keine privatrechtlichen Fruchtgenussrechte an der Donau und ihren angrenzenden Liegenschaften einzuräumen!

Der Gemeinderat berät über den vorliegenden Entwurf.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge beiliegende Resolution lt. o.a. Text beschließen.

Beschluss: Der Antrag des Bürgermeisters wird mit den Gegenstimmen der Liste Christa Kranzl und Unabhängige beschlossen. Begründung für die Gegenstimmen: lt. GeschfGR Kranzl, handelt es sich bei dieser Maßnahme um eine Verwaltungsvereinfachung. Lt. Bürgermeister geht eine Verwaltungsvereinfachung aus dieser Resolution nicht hervor.

Abstimmung: 13 Stimmen dafür (SPÖ und ÖVP)

3 Gegenstimmen (Liste Christa Kranzl und Unabhängige)

6. Resolution Atommüll – Endlager:

Der vorliegende Resolutionsentwurf - NEIN zur Errichtung eines tschechischen Atommülllagers in Grenznähe – wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht. Text siehe nachstehend:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, in Vertretung der BürgerInnen des Landes Niederösterreich gegen das Projekt einer Atommüll-Endlagerstätte in der Nähe der Grenze zu Niederösterreich bei der Tschechischen Regierung aufzutreten und folgende Anforderungen zu stellen:

Ein Standort für ein tschechisches Atommüll-Endlager hat

- zumindest den Anforderungen der derzeit in Ausarbeitung befindlichen Endlager-Richtlinie der EU, sowie den neuesten technischen Erkenntnissen zu entsprechen und
- die bestmöglichen geologischen Voraussetzungen zu gewährleisten und
- im Rahmen einer wissenschaftlichen Kommission, in die auch VertreterInnen der Länder Niederösterreich und Oberösterreich sowie des Bundes einzubinden sind, laufend begutachtet zu werden.

Das Restrisiko für die Bevölkerung Tschechiens und seiner Anrainerstaaten durch Atommüll aus tschechischen AKWs ist auf die Dauer der Lagerung so gering wie möglich zu halten. Für die Abdeckung des möglichen Schadens ist vorzusorgen. Die Umsetzung eines konkreten Endlagerprojektes setzt jedenfalls ein grenzüberschreitendes BürgerInnenbeteiligungsverfahren voraus.

Die Mitglieder des Gemeinderates beraten über den vorliegenden Entwurf.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge beiliegende Resolution lt. o.a. Entwurf beschließen.

Beschluss: Dem Antrag des Bürgermeisters wird zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig

7. Bericht Kinderhaus:

Der Bürgermeister berichtet, dass bei der Abrechnung für das Jahr 2010 der Volkshilfe NÖ, für das Kinderhaus in Persenbeug, ein Abgang in der Höhe von € 47.516,61 verzeichnet wurde und dieser lt. abgeschlossenen Vertrag von der Gemeinde zu tragen ist. Einsparungen beim Personal können nicht getroffen werden, da diese durch die unterschiedlichen Bedarfszeiten benötigt werden. Bezüglich der Erhöhung der monatlichen Elternbeiträge wurde mit den Eltern ein Gespräch geführt. Es wurde eine Erhöhung vereinbart und vertraglich festgelegt. Diese werden jedoch erst mit 01. Juni 2011 wirksam. Der Bericht des Bürgermeisters wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen..

Anregung von GeschfGR Kranzl: Zuweisung an den zuständigen Ausschuss.

8. Hauptschule Persenbeug – Gründung einer Kommanditgesellschaft:

Der Bürgermeister teilt dem Gemeinderat mit, dass es für die notwendige Sanierung der Hauptschule Persenbeug sinnvoll ist, zwecks optimaler Abwicklung eine Kommanditgesellschaft zu gründen. Diese Vorgangsweise wurde in der Hauptschulausschuss-Sitzung am 29. März 2011 beschlossen. Da die Marktgemeinde Persenbeug-Gottsdorf zum Hauptschulsprenkel Persenbeug gehört und Gesellschafter dieser Kommanditgesellschaft werden soll, ist im Gemeinderat ein diesbezüglicher Beschluss zu fassen. Der Vorsitzende bringt deshalb dem Gemeinderat den beiliegenden Gesellschaftsvertrag für die Gründung der „Hauptschulgemeinde Persenbeug KG“ unter beherrschender Beteiligung der Hauptschulgemeinde Persenbeug zur Kenntnis, welcher im Anschluss beraten wird (siehe Beilage).

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge den vorliegenden Gesellschaftsvertrag für die Gründung der „Hauptschulgemeinde Persenbeug KG“ beschließen.

Beschluss: Dem Antrag des Bürgermeisters wird nach Anfrage von GeschfGR Kranzl, ob dies mit dem österreichischen Steuerrecht vereinbar bzw. kompatibel sei und nach Bejahung der Frage durch den Bürgermeister, von allen Gemeinderatsfraktionen zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig

9. Vermietung Objekt Donaustraße 27:

Das Lokal im Objekt Donaustraße 27 in Gottsdorf ist vor der Vermietung an die Firma Omega Werbung GmbH noch zu sanieren. Dieses kann im derzeitigen Zustand nicht vermietet werden. Geplant ist die Erneuerung der Böden, das Ausmalen der Wände, sowie die Erneuerung eines Teiles der Decke. Die erforderlichen Arbeiten erfolgen größtenteils in Eigenregie. Vermietet werden die Räumlichkeiten im Ausmaß von 301,41 m², ab 01. Juli 2011. Die monatliche Miete beträgt wie bisher inkl. MwSt. € 1.352,98 (Hauptmietzins € 1.085,08, Betriebskosten € 175,06, Verwaltungskosten € 92,84), weiters wird eine Kautionsform von 3 Monatsmieten eingehoben. Die weiteren Bedingungen werden in einem Mietvertrag festgelegt, der dem Gemeinderat in der nächsten Gemeinderatssitzung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Nach eingehender Diskussion des Gemeinderates erfolgt die Beschlussfassung.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge die Vermietung des Lokales an die Firma Omega Werbung GmbH, derzeit in Persenbeug, Klosterweg 1, ab 01. Juli 2011 lt. o.a. Bedingungen beschließen.

Beschluss: Dem Antrag des Bürgermeisters wird zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig

Vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes verweist der Bürgermeister darauf, dass dieser „vertraulich“ zu behandeln ist und ersucht den Zuhörer den Sitzungsraum zu verlassen. .

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit:

5. Personalangelegenheiten

In der Gemeinderatssitzung am 22. März 2011 wurden diverse Personalangelegenheiten bereits beschlossen. Vorliegende Dienstverträge (Änderung des Beschäftigungsausmaßes) mit Halmich Daniela, Persenbeug-Gottsdorf, Flurstraße 20 und Glöckl Evelyn, Persenbeug-Gottsdorf, Kirchenstraße 18 werden dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Weiteres betreffend dem Tagesordnungspunkt, wird auf das nicht öffentliche Protokoll der Gemeinderatssitzung verwiesen.

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge die im Protokoll vertraulich, beiliegenden Dienstverträge beschließen.

Beschluss: Dem Antrag des Bürgermeisters wird zugestimmt.

Abstimmung: einstimmig

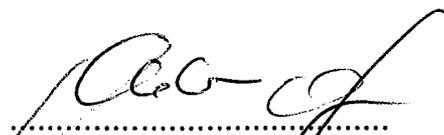
Allfälliges

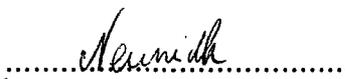
Auf die Anfrage von GR Madler, wer für die auf dem Teppelweg, vom Spielplatz Gottsdorf bis zur Liegenschaft Donaustraße 27, Sandanhäufungen zuständig ist, teilt der Bürgermeister hiezu mit, dass das Problem bekannt ist und für die Erhaltung die Via donau zuständig ist.

Aufgrund der Anfrage von GeschfGR Kranzl, kann der Bürgermeister noch keinen Termin für die nächste Sitzung bekannt geben (hängt von der Vorlage der Tagesordnungspunkte ab)

Nachdem keine Wortmeldung folgt, schließt der Bürgermeister um 20 Uhr 05 die ordentliche Gemeinderatssitzung.

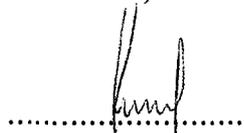
Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am 19.07.2011 genehmigt.


.....
(Bürgermeister)


.....
(Schriftführer)


.....
(Vizebürgermeister)


.....
(Geschf. Gemeinderat)


.....
(Gemeinderat)